
Artikel 11
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 4. Februar 2021

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KREITSCHMANN
SITZMANN
DR. EISENMANN
UNTERSTELLER
DR. HOFMEISTER-KRAUT
LUCHA
HAUK
HERMANN

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Vom 4. Februar 2021

Der Landtag hat am 3. Februar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Privatschulgesetzes

§ 10 Absatz 2a Satz 1 des Privatschulgesetzes in der Fassung vom 1. Januar 1990 (GBL S. 105), das zuletzt durch Gesetz vom 23. Juli 2020 (GBL S. 650) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe »84,3« durch die Angabe »86,2« ersetzt.
2. In Nummer 2 wird die Angabe »125,4« durch die Angabe »129,9« ersetzt.
3. In Nummer 3 wird die Angabe »84« durch die Angabe »90,5« ersetzt.
4. In Nummer 4 wird die Angabe »92« durch die Angabe »96,8« ersetzt.
5. In Nummer 5 wird die Angabe »95,2« durch die Angabe »100,2« ersetzt.

6. In Nummer 7 wird die Angabe »101,5« durch die Angabe »109,6« ersetzt.
7. In Nummer 8 wird die Angabe »114,4« durch die Angabe »127,6« ersetzt.
8. In Nummer 9 wird die Angabe »103,5« durch die Angabe »109,3« ersetzt.
10. In Nummer 11 wird die Angabe »114,7« durch die Angabe »126,4« ersetzt.
11. In Nummer 12 wird die Angabe »114,8« durch die Angabe »126,3« ersetzt.
12. In Nummer 13 wird die Angabe »105,1« durch die Angabe »115,8« ersetzt.

Artikel 2
Inkrafttreten

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 4. Februar 2021

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KREITSCHMANN
SITZMANN
DR. EISENMANN
UNTERSTELLER
DR. HOFMEISTER-KRAUT
LUCHA
HAUK
HERMANN

Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (Zweites KIT-Weiterentwicklungsgesetz – 2. KIT-WG)

Vom 4. Februar 2021

Der Landtag hat am 3. Februar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des KIT-Gesetzes

1. In § 2 Absatz 3 Satz 4, § 5 Absatz 5 Satz 1, § 8 Absatz 1 Satz 3 Nummer 7, § 10 Absatz 3 Satz 1 sowie § 19 Absatz 1 Sätze 1, 2 und 4 wird das Wort »Zurwendungsgesamt« jeweils durch das Wort »Finanzmittelgeber« ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter »Aktivitäten zur Gewinnung von Innovationen« durch die Wörter »vielfältigen Innovations- und Transfertätigkeiten« ersetzt.

bb) In Satz 3 wird das Wort »Innovationsgewinnung« durch die Wörter »Innovations- und Transfertätigkeit« ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter »des Zuzug der Wirtschaft zu den im KIT vorhandenen Kompetenzen zu verbessern und den Technologietransfer in die Wirtschaft zu stärken« durch die Wörter »die Brücke zwischen Erkenntnis und Anwendung zum gesellschaftlichen Nutzen, wirtschaftlichen Wohlstand und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu schlagen und den Wissens-, Gestaltungs- und Technologietransfer zu stärken« ersetzt.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

»Beide Aufgaben sind gleichrangig.«

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter »in der jeweils geltenden Fassung« gestrichen.

bb) In Satz 2 wird nach der Angabe »§ 1 Abs. 2« die Angabe »Satz 1« eingesetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:


bb) Satz 3 wird aufgehoben.

c) Im neuen Satz 3 wird das Wort »Großforschungsbereich« durch die Wörter »Zusammenhang mit der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

d) Absatz 4 wird aufgehoben.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern »öffentlichen Rechts« die Wörter »und zugleich staatliche Einrichtung« eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter »des Großforschungsbereichs« durch die Wörter »der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter »des Großforschungsbereichs« durch die Wörter »der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

d) In Absatz 5 wird das Semikolon und der Halbsatz 2 gestrichen.

c) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

»Art und Umfang der Mitwirkung der einzelnen Mitgliedergruppen und innerhalb der Mitgliedergruppen sowie die zahlenmäßige Zusammensetzung der Gremien bestimmen sich nach der fachlichen Gliederung des KIT, den Aufgaben der Gremien und nach der Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit der Mitglieder des KIT, soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist. Für die Vertretung in den nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien besitzen 1. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT nach § 14a und die außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren, soweit sie hauptberuflich tätig sind und überwiegend Aufgaben einer Professor wahrnehmen (Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT),

2. die Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT nach § 14b (Gruppe der Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT),

3. die Studierenden nach § 60 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a 1 HG (Gruppe der Studierenden),

4. die Studierenden nach § 60 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe b HG (Gruppe der Doktorandinnen und Doktoranden) sowie

5. die sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppe der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)
je eine Gruppe. Im Übrigen gilt
1. § 9 LHG, mit der Maßgabe, dass
   a) Absatz 3 Satz 2 auch für den Bereichsrat und die Programmkommissionen entsprechende Anwendung findet,
   b) abweichend von Absatz 8 Satz 4 bei den Wahlen für den KIT-Senat auch Wahlen nach Bereichen, KIT-Fakultäten oder KIT-Programmen vorgesehen werden können,
   c) Absatz 8 Satz 5 keine Anwendung findet,
2. § 10 Absatz 1 Sätze 4 bis 6 LHG, Absätze 2 und 4 sowie Absätze 5 bis 8, jeweils mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Grundordnung die Gemeinsame Satzung tritt,
3. § 10 Absatz 3 entsprechend für Gremien, die das KIT aufgrund von Ermächtigungen in diesem Gesetz schafft, sofern diese über Entscheidungsbefugnisse verfügen und nach Mitgliedergruppen zusammengesetzt sind.

5. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
      »(1) Der kollegiale Vorstand leitet das KIT. Dem Vorstand gehören hauptsächlich an
         1. der Vorstandsversitzende,
         2. ein Vorstandsmitglied für den Bereich Wirtschaft und Finanzen sowie
         3. vier weitere Vorstandsmitglieder nach Maßgabe des Satzes 4. Der Vorstand führt die Bezeichnung »Präsidium«.
      Mit Zustimmung des Landes, das dazu das Einvernehmen mit dem Bund herstellt,
      a) legt der Aufsichtsrat die Geschäftsordnungen der Vorstandsmitglieder nach Satz 2 Nummer 3 fest;
      b) kann der Aufsichtsrat abweichende Regelungen hinsichtlich der Zahl der Vorstandsmitglieder nach Satz 2 Nummer 3 treffen und dem Vorstandsmitglied nach Satz 2 Nummer 2 Aufgaben im Bereich von Personal und Recht zuordnen.
      Er legt die Zahl der nebennamtlichen und nebenberuflichen Vorstände fest.«
   b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
      »(2) Der Vorstand ist verpflichtet, sich auf Vorschlag der oder des Vorstandsversitzenden eine Geschäftsordnung zu geben, die den Anforderungen des § 16 Absatz 2 Satz 1 Nummern 2 und 3 LHG entspricht; als Rektorin im Sinne dieser Vorschrift gilt der Vorstand, als Rektorin oder Rektor die oder der Vorstandsversitzende. Der Vorstandsversitzende legt die Richtlinien für die Erledigung der Aufgaben des Vorstands fest. Innerhalb dieser Richtlinien erledigen die Mitglieder des Vorstands die Geschäfte der laufenden Verwaltung ihres Geschäftsbereiches nach Absatz 1 Satz 2 in eigener Zuständigkeit. Auf Vorschlag des Vorstandsversitzenden legt der Vorstand eine ständige Vertretung und bestimmte Geschäftsbereiche für seine nebennamenlichen und nebenberuflichen Mitglieder fest. Das für Wirtschaft und Finanzen zuständige Vorstandsmitglied ist zugleich Beauftragter für den Haushalt nach § 9 der Landeshaushaltssatzung (LHO); für die Vertretung des für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Vorstandsmitglieds im Verhinderungsfall gilt § 16 Absatz 2a LHG entsprechend; als Hochschulverwaltung gilt die Verwaltung des KIT, abweichend hiervon kann die Gemeinsame Satzung bestimmen, dass das für Wirtschaft und Finanzen zuständige Vorstandsmitglied durch das für Personal und Recht zuständige Vorstandsmitglied vertreten wird. Im Übrigen gelten § 16 Absatz 2 Sätze 5 bis 7 sowie Absätze 5 bis 7 LHG entsprechend.«
   c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern »Vorstand ist « die Wörter »neben den ihm ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben« eingesetzt.
      bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
         a) In Nummer 5 werden die Wörter »im Großforschungsbereich« durch die Wörter »bei der Erfüllung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.
         b) In Nummer 8 werden die Wörter »für den Universitätsbereich« durch die Wörter »bei der Erfüllung der Universitätsaufgabe« ersetzt.
         c) In Nummer 9 werden die Wörter »für den Universitätsbereich« durch die Wörter »im Zusammenhang mit der Erfüllung der Universitätsaufgabe« ersetzt.
         d) In Nummer 12 wird das Wort »Fakultätsvorstände« durch das Wort »Bereichsausschüsse« ersetzt.
         e) In Nummer 13 wird wie folgt gefasst:
         »13. die Festsetzung von Leistungsbezi gen nach § 38 Absatz 1 Nummer 3 LBesGBW für Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter nach § 11b, Mitglieder der KIT-Dekanate nach § 11c, die Wahrnehmung von sonstigen Funktionen oder besonderen Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung des KIT; der Aufsichtsrat ist über die Entscheidung zu unterrichten.«
cc) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

»Aufgaben nach Satz 2 Nummern 11 bis 14 gelten nicht als Geschäfte der laufenden Verwaltung.«

d) Es werden folgende Sätze 5 bis 7 angefügt:

»Der Vorstand kann sie einem Vorstandsaustritt übertragen, dem das Vorstandsmitglied für Wirtschaft und Finanzen sowie das Vorstandsrichter für Personal angehören müssen. Einzelheiten können in der Gemeinsamen Satzung geregelt werden. Der Vorstand nimmt ferner die Aufgaben nach § 16 Absatz 3 Satz 2 Nummern 15 bis 17 LHG wahr.«

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Wörter »des Großforschungs-

bereichs« werden durch die Wörter »im Zusammenhang mit der Erfüllung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

bbb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

»3. Berufung und Abberufung der Leiter der Institute, die überwiegend Aufgaben in der Großforschung wahrnehmen,«

cce) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

»4. Gründung, Auflösung und Zusammenlegung von Instituten, die überwiegend Aufgaben in der Großforschung wahrnehmen,«

bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

»Der Vorstand stimmt im Benehmen mit dem KIT-Senat die Arbeiten der Institute zur Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms für die Erfüllung der Großforschungsaufgabe aufeinander ab.«

cc) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

»Die Leiter der Institute sind dem Vorstand in ihrem Zuständigkeitsbereich und im Rahmen der Instituts- und Projektor- dung für die Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms im Rahmen der Erfüllung der Großforschungsaufgabe verantwortlich.«

c) In Absatz 5 Satz 2 werden die Wörter »die Lage des Großforschungsbereichs« durch die Wörter »den Stand der Erfüllung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

f) In Absatz 6 Satz 7, Halbsatz 2, wird die Angabe »§9c Nr. 8« durch die Angabe »101 Nummer 8 Buchstabe b« ersetzt.

g) Es wird folgender Absatz 7 angefügt:

»(7) Soweit in diesem Gesetz auf die Vorschriften des LHG verwiesen wird, gelten der Vorstand als Rektorat, der oder die Vorstandsvorsitzende als die Rektorin oder der Rektor und die Vorstandsmitglieder als Mitglieder des Rektorats, sofern nichts Abweichendes bestimmt ist.«

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter »als Professor oder leitender Wissenschaftler (§ 14 Absatz 3 Satz 1 Nr. 1)« durch die Wörter »als Universitätsprofessorin oder als Universitätsprofessor am KIT (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1)« ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter »die Befugnisse zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdiens oder« gestrichen und vor dem Wort »Hochschulabschluss« wird das Wort »anderen« gestrichen.

c) In Satz 3 werden die Wörter »,«, § 15 Abs. 4 LHG bleibt unberührt gestrichen.

b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

»Der Fördergemeinschaft dürfen keine Mitglieder des Vorstandes angehören, die der Vorsitzende des Vorstands hat jedoch für die Wahl der Vorstandsmitglieder nach § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummern 2 und 3 ein den Aufsichtsrat nicht bindendes Vorschlagsrecht und darf zur Wahrnehmung dieses Rechts die Bewerbungsunterlagen einsehen und an den Vorstellungsgesprächen teilnehmen.«

bb) Der neue Satz 4 wird wie folgt gefasst:

»Die Wahl nach Satz 1 bedarf der Bestätigung durch den KIT-Senat mit den Mehrheiten nach § 10 Absatz 6 Satz 2; für die Bestätigung des Vorstandsmitglieds für Lehre und akademische Angelegenheiten ist zudem die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der Studierenden nach § 60 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a LHG im KIT-Senat nötig.«

c) Der neue Satz 5 wird wie folgt gefasst:

»§ 18 Absatz 3 Satz 2 LHG findet entsprechende Anwendung; als Hochschulrat gilt der Aufsichtsrat des KIT.«

c) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

»(6) Aufsichtsrat, KIT-Senat und Wissenschaftsministerium (Beteiligte) können das Amt eines hauptamtlichen Vorstandsmitglieds im wechsel- seitigen Einvernehmen vorzeitig beenden. Jeder Beteiligte hat das Recht, den beiden anderen Beteiligten eine vorzeitige Beendigung vorzuschla-
gen; der Vorschlag des Wissenschaftsministeriums und dessen Einvernehmen zum Vorschlag eines anderen Beteiligten erfolgen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. § 18 Absatz 4 Sätze 3 bis 8 LHG gelten entsprechend; als Hochschulrat gilt der Aufsichtsrat.«

d) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz eingefügt:

> (7) Die wahlberechtigten Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT nach § 3 Absatz 7 Satz 2 Nummer 1 können das Amt eines Vorstandsmitglieds durch Abwahl vorzeitig beenden, wenn sie das Vertrauen in seine Amtsführung verloren haben. Der Vertrauensverlust ist eingetreten, wenn die Mehrheit nach Satz 4 erreicht wird. § 18a Absatz 1 Sätze 3 bis 6, Absätze 2, 3, 4 Sätze 1 und 5 sowie Absätze 5 und 6 LHG gelten entsprechend; Satzung im Sinne des § 18a Absätze 6 Satz 1 LHG ist die Wahlordnung nach § 9 Absatz 8 Satz 5 LHG; als Hochschulrat im Sinne dieser Vorschriften gilt der Aufsichtsrat, als Senat der KIT-Senat, als Gruppe der Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 LHG die Mitglieder der Gruppe nach Satz 1. Die Abwahl ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der am KIT vorhandenen Mitglieder der Gruppe nach Satz 1 für die Abwahl stimmt und diese Mehrheit an mindestens der Hälfte der Bereiche (§ 11a) erreicht wird.

e) Der neue Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

> (8) § 17 Absätze 4 und 6 Sätze 1 und 2 sowie Absätze 7 und 8 LHG gelten entsprechend nach Maßgabe der Sätze 2 bis 6. Als Beamtenverhältnis zum Land im Sinne von § 17 Absatz 1 Sätze 1 und 8 LHG gilt auch ein solches zum KIT, als eine beim Land unbefristet beschäftigte Person im Sinne des § 17 Absatz 4 Satz 9 LHG gilt auch eine beim KIT unbefristet beschäftigte Person. Als ein hauptamtliches Ratsmitglied im Sinne von § 17 Absatz 7 Satz 1, erster Halbsatz LHG, gilt auch eine Person, die zum KIT in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis gestanden hat; sie ist unter den Voraussetzungen des § 17 Absatz 7 Satz 1, erster Halbsatz LHG in den Dienst des KIT zu übernehmen. Als öffentlicher Dienst des Landes im Sinne nach § 17 Absatz 7 Satz 1, zweiter Halbsatz LHG gilt der öffentliche Dienst des KIT. Wird eine Universitätsprofessorin oder ein Universitätsprofessor am KIT hauptamtliches Ratsmitglied an einer Hochschule des Landes Baden-Württemberg, so gilt § 17 Absatz 4 Sätze 1 bis 7 LHG entsprechend; § 17 Absatz 4 Sätze 8 und 9 LHG gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamten des KIT, die nicht Universitätsprofessorin oder ein Universitätsprofessor am KIT sind. Wird eine Person, die in einem unbefristeten Beschäfti-
gungsverhältnis zum KIT gestanden hat, hauptamtliches Ratsmitglied einer Hochschule in Baden-Württemberg in einem Beamtenverhältnis auf Zeit, so findet § 17 Absatz 7 Satz 1, erster Halbsatz LHG entsprechende Anwendung, mit der Maßgabe, dass als Landesdienst im Sinne dieser Vorschrift der Dienst am KIT gilt.«

f) Der neue Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

> (9) § 18 Absatz 5 LHG gilt für die nebenamtlichen Vorstandsmitglieder entsprechend.

7. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 wird wie folgt geändert:

> a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

> 3. sechs Mitglieder des KIT-Senats, wobei drei dem wissenschaftlichen Personal entstammen müssen, das überwiegend aus Großforschungsmitteln finanziert wird.

bbb) Nummer 4 wird aufgehoben.

bb) In Satz 4 wird die Angabe »und« gestrichen.

c) Satz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Teilabsatz 2 werden nach der Angabe »§ 3 Abs. 7« die Wörter »Satz 3 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 9 Absatz 1 LHG« eingefügt.

bbb) Es werden der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und folgender Teilsatz angefügt:

> nach Übernahme des Vorschlags des Personalrats geht er in die Vorschlagsliste der Findungskommission ein.

d) In Satz 6 wird die Angabe »+4« durch die Angabe »+3« ersetzt.

c) Satz 7 wird wie folgt geändert:

> Die Liste bedarf der Zustimmung des KIT-Senats mit den Mehrheiten nach § 10 Absatz 6 Satz 2.

f) Satz 8 wird wie folgt gefasst:

> Lässt sich in der Findungskommission das Einvernehmen nach Satz 5 Teilabsatz 1 nicht erzielen, so schlägt jede der Gruppen nach Satz 3 Nummer 1 und 2 je zwei Kandidatinnen oder Kandidaten, die Gruppen nach Satz 3 Nummer 3 ebenfalls je zwei Kandidatinnen oder Kandidaten zur Bildung einer Liste vor.

g) Satz 9 wird wie folgt gefasst:

> Eine solche Liste bedarf der Zustimmung des KIT-Senats mit den Mehrheiten nach
§ 10 Absatz 6 Satz 2 sowie des Bundes und des Landes.«

h) Satz 10 wird wie folgt gefasst:

> § 20 Absätze 7, 10 und 11 Satz 1 LHG gilt entsprechend.«

ii) Es wird folgender Satz 12 angefügt:

> § 4 Absatz 3 Satz 7 LHG findet für die Teilnahme der Chancengleichheitsbeauftragten an Sitzungen des Aufsichtsrats entsprechende Anwendung.«

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

> (2) Die Gemeinsame Satzung kann an Stelle persönlicher Amtszeiten der Aufsichtsratsmitglieder feste Amtsperioden des Aufsichtsrats als Kollegium vorsehen; im Fall von festen Amtsperioden endet die Amtszeit der Mitglieder mit dem Ende der Amtsperiode des Aufsichtsrats; seheide ein Mitglied vor dem Ende der Amtsperiode aus, so kann ein neues Mitglied für den Rest der Amtsperiode nachbestellt werden.«

c) Es werden folgende Absätze 3 bis 6 angefügt:

> (3) Sind nur einzelne der neu en Mitglieder nach Absatz 1 Satz 3 auszuwählen, finden Absatz 1 Sätze 3 bis 7 und 10 entsprechende Anwendung. Absatz 1 Satz 5, dritter und vierter Teilsatz findet nur bei Ausscheidung eines Aufsichtsratsmitglieds Anwendung. Einigt sich die Findungskommission nach drei erfolglosen Abstimmungen nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag, ist das Verfahren auszusetzen; es kann von einem Mitglied der Findungskommission oder dem KIT-Senat mit dem Ziel der Herbeiführung einer Einigung wieder aufgenommen werden. Ist ein Aufsichtsratsmitglied mindestens sechs Monate unbesetzt und das Verfahren nach Satz 3 insgesamt mindestens drei Monate ausgesetzt, kann die Wissenschaftsministerin oder der Wissenschaftsminister nach Anhörung des KIT-Senats und des Aufsichtsrats im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Aufsichtsratsmitglied bestellen; mehrere Ausschlüsse nach Satz 3 werden für die Berechnung der Frist des Halbsatzes zusammengerechnet.


(5) Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder nach Absatz 1 Sätze 2 und 5, zweiter und dritter Teilsatz, mit der Mehrheit der Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats beträgt vier Jahre. Wiederbestellung ist zulässig.


8. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort »schließt« die Wörter »dem Vorstand« eingefügt.
bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 werden nach dem Wort »und« die Wörter »die Mitwirkung bei« eingefügt.
bbb) Nummer 2 wird aufgehoben.
ccc) Die bisherigen Nummern 3 bis 12 werden Nummern 2 bis 11.
edd) In der neuen Nummer 5 werden die Wörter »im Universitätsgremium« durch die Wörter »bei der Erfüllung der Universitätseinstellung« ersetzt.
eee) In der neuen Nummer 11 werden die Wörter »des Großforschungsbereichs« durch die Wörter »über die Erfüllung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

ff) Nach der neuen Nummer 11 wird folgende Nummer 12 angefügt:

> 12. die Beschlussfassung über die Funktionsbeschreibung von Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT; die Beschlussfassung kann bei Übereinstimmung mit dem beschlossenen Struktur- und Entwicklungsplan entfallen.«
b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   aa) Das Wort »Universitätsbereich« wird durch die Wörter »Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Universitätsaufgabе« ersetzt.
   bb) Nummer 3 wird aufgehoben.
   cc) Nummer 4 wird Nummer 3.

   c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   aa) Das Wort »Großforschungsbereich« wird durch die Wörter »Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.
   bb) Nummer 3 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
      »a) der Übernahme weiterer und der Einstellung bisheriger Aufgaben, der Gründung, Auflösung und Zusammenlegung von Instituten, die überwiegend Aufgaben in der Großforschung wahrnehmen.«

9. § 9 wird wie folgt gefasst:
   »§ 9
   Zusammensetzung des KIT-Senats

(1) Dem KIT-Senat gehören mit Stimmrecht an
   1. aufgrund von Wahlen:
      a) 33 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT (§ 3 Absatz 7 Satz 2 Nummer 1), davon
         17 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT, die von den KIT-Fakultäten, und
         16 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT, die von den KIT-Programmen gewählt
         werden. Jede KIT-Fakultät und jedes KIT-Programm (Wahlkreise) wählt nach den Regeln der
         Mehrheitswahl mindestens ein Wahlmitglied und nach Maßgabe des folgenden Satzes weitere
         Wahlmitglieder in den KIT-Senat. Sofern
         die Gesamtzahl der KIT-Fakultäten weniger als
         17 beträgt, wählen diejenigen KIT-Fakultäten jeweils ein zweites Wahlmitglied, denen im
         Vergleich zu den anderen KIT-Fakultäten die meisten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT angehören; verfügen alle KIT-
         Fakultäten über einen zweiten Satz und ist dennoch die Zahl von 17 Wahlmitgliedern nicht
         erreicht, wählen diejenigen KIT-Fakultäten ein drittes Wahlmitglied, denen im Vergleich zu
         den anderen KIT-Fakultäten die meisten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT
         angehören. Der vorstehende Satz gilt für die KIT-Programme entsprechend, sofern deren
         Gesamtzahl weniger als 16 beträgt. Die Zuordnung der zweiten und weiteren Sitze zu den je-
         weiligen Wahlkreisen trifft die Gemeinsame Satzung. Davon abweichend kann die Gemein-
         same Satzung auch vorsehen, dass die Beträge zur Wahl zweiter oder mehrerer Wahlmitglieder
         von Wahlperioden zu Wahlperioden jeweils zwi-
         schen den einzelnen KIT-Fakultäten sowie zwi-
         schen den einzelnen KIT-Programmen wechs-
         elt. Für jedes gewählte Mitglied ist eine per-
         sonliche Stellvertreterin oder ein persönlicher
         Stellvertreter zu wählen.«
      b) 26 Vertreterinnen und Vertreter der in § 3
         Absatz 7 Satz 2 Nummern 2 bis 5 genannten
         Mitgliedergruppen; die Gemeinsame Satzung
         regelt die Verteilung der Stimmrechte zwi-
         schen diesen Mitgliedergruppen; in der Mit-
         gliedergruppe der Akademischen Mitarbeit-
         erinnen und Mitarbeiter kann ein bestimmter
         Anteil von Sitzen für Nachwuchsgruppenleite-
         rinnen und -leiter vorgesehen werden.

2. kraft Amtes:
   a) der Vorstandsvorsitzende,
   b) zwei weitere Vorstandsmitglieder, die von der Gemeinsamen Satzung bestimmt werden,
   c) eine der Chancengleichheitsbeauftragten nach § 16 Absatz 2 Satz 1,
   d) eine oder ein aus der Mitte des Personalrats nach § 101 Nummer 1 Buchstabe b LPVG be-
      stimmte Vertreterin oder bestimmter Vertreter,
   e) eine Bereichsleiterin oder ein Bereichsleiter nach § 11 b, deren Findung regelt die Gemein-
      same Satzung.

Die Angehörigen der Mitgliedergruppe der Akade-


mischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT
   (§ 3 Absatz 7 Satz 2 Nummer 2) sowie der sonstigen
   Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT (§ 3 Ab-
   satz 7 Satz 2 Nummer 5) bilden jeweils einen ein-
   heitlichen Wahlkörper unabhängig davon, ob sie aus
   Universitäts- oder Großforschungsmitteln finanziert
   sind oder ob sie an der Wahrnehmung der Universi-
   tät- oder der Großforschungsaufgabe mitwirken.

Die Wahl nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a in
   Wahlkreisen bleibt unberührt. Das Nähere zu den
   Wahlen regelt die Wahlordnung.

(2) Mitglieder des KIT-Senats kraft Amtes mit berat-

tender Stimme sind:
   1. die weiteren Vorstandsmitglieder nach § 5 Ab-
      satz 1 Satz 2, soweit sie nicht stimmberechtigte
      Mitglieder sind,
   2. die Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter nach
      § 11 b, soweit sie nicht stimmberechtigte Mitglie-
      der sind.

Die Gemeinsame Satzung kann weiteren beratenden
   Amtsmitgliedschaften vorsehen.«

10. § 10 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern »zentralen
         Organ« die Wörter »oder einer decentralen
         Einheit nach den §§ 11 bis 11 h« eingefügt.
bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 2 wird die Angabe »Abs. 8« durch die Angabe »Absatz 9« ersetzt.

bb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

»5. Beschlussfassung über Satzungen, insbesondere die Gemeinsame Satzung, die Bekanntmachungssatzung nach § 3 Absatz 4, die Satzung über die Regelung zur Einhaltung der allgemein anerkannten Grundsätze der wissenschaftlichen Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten nach § 3 Absatz 5 LHG, die Wahlordnung nach § 3 Absatz 7 Satz 3 Nummer 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 9 Absatz 8 Satz 5 LHG, die Satzungen nach § 3 Absatz 7 Satz 3 Nummer 2 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 10 Absatz 8 LHG, die Satzung zur Regelung der Voraussetzungen und des Verfahrens zur Vergabe der Ehrensenatoraten- und der Ehrenbürgerwürden, die Satzung nach § 11g Absatz 5 Satz 1, die Satzungen nach § 11h Absatz 2, die Satzung nach § 12 Satz 5, die Satzung nach § 12 Satz 6, § 13 Absatz 7, § 14a Absatz 3 Satz 13, § 16 Absatz 8 die Finanzordnung nach § 17 Absatz 4 Satz 1 die Satzung für die Betriebe gewerblicher Art, die Satzung über eine Hausordnung, die Satzung über die Vergabe von Stipendien gemäß § 3 Nummer 44 des Einkommenssteuergesetzes, die Satzungen für die Verwaltung und Benutzung der Hochschul- und anderer KIT-Einrichtungen einschließlich Gebühren und Entgelte sowie jeweils über ihre Änderungen.«

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter »des Großforschungsbereichs« durch die Wörter »im Zusammenhang mit der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

bb) Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

»Der KIT-Senat erörtert den jährlichen Fortschrittsbericht über die Erfüllung der Großforschungsaufgabe.«

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter », sofern es sich um Aufgaben nach Absatz 2 handelt« gestrichen.

bb) In Satz 3 werden die Wörter »die in Absatz 2 Nr. 3 und 6« durch die Wörter »die in Absatz 2 Nummern 2 und 5« ersetzt.

e) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

»(5) Sofern in Absatz 6 nichts Abweichendes bestimmt ist, entscheidet der KIT-Senat mit der Mehrheit der Stimmen.«

f) Absatz 5 werden folgende Absätze 6 und 7 angefügt:

»(6) Hinsichtlich der Bestellung der nach den Sätzen 2 bis 4 erforderlichen Mehrheiten bilden die von den KIT-Fakultäten gewählten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT die Gruppe 1 und die von den KIT-Programmen gewählten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT die Gruppe 2. Entscheidungen nach Absatz 1 Satz 2 bedürfen außer der Mehrheit der Mitglieder des KIT-Senats auch der Mehrheit der Mitglieder der Gruppe 1 und der Mehrheit der Mitglieder der Gruppe 2. Entscheidungen nach Absatz 2 bedürfen außer der Mehrheit der Mitglieder des KIT-Senats auch der Mehrheit der Mitglieder der Gruppe 1. Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 2 bedürfen außer der Mehrheit der Mitglieder des KIT-Senats auch der Mehrheit der Mitglieder der Gruppe 2 des KIT-Senats.«

(7) § 19 Absatz 1 Satz 3 LHG und § 19 Absatz 3 LHG finden entsprechende Anwendung.«

11. § 11 wird wie folgt gefasst:
§ 11

Dezentrale Organisation

Die Organisation des KIT unterhalb der zentralen Ebene (dezentrale Ebene) gliedert sich in disziplinär gebildete Bereiche für die Wissenschaft. Den Bereichen gehören KIT-Fakultäten (§ 11d) und KIT-Programme (§ 11g) sowie Institute (§ 11b) an. Die dezentrale Organisation richtet sich nach den §§ 11a bis 11h.

12. Nach § 11 werden folgende §§ 11a bis 11h eingefügt:

§ 11a

Bereiche: Bereichsorgane

(1) Die Gemeinsame Satzung regelt, in welche Bereiche sich das KIT gliedert.

(2) In den Bereichen werden im Wesentlichen gleiche oder verwandte Fachgebiete zusammengefasst. Sie bündeln Forschung, Lehre und Innovation der ihnen zugeordneten Einheiten (KIT-Fakultäten, KIT-Programme, Institute), Mitgliedschaft und Zugehörigkeit des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals zu einem Bereich regelt die Gemeinsame Satzung.

(3) Organe des Bereichs sind

1. die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter und
2. der Bereichsrat.

§ 11b

Bereichsleiterin; Bereichsleiter

(1) Die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter leitet, vertreibt und verantwortet den Bereich. Sie oder er ist für alle Angelegenheiten des Bereichs zuständig, so weit Zuständigkeiten nicht durch Gesetz oder Satzung des KIT einem zentralen Organ, dem Bereichsrat oder einer KIT-Fakultät, einem KIT-Programm oder einem Institut zugeordnet sind. Zu ihren oder seinen Aufgaben zählen insbesondere:

1. der Vorsitz im Bereichsrat,
2. die Entscheidung über die Verwendung des dem Bereich vom Vorstand zugewiesenen Budgets einschließlich der zugewiesenen Stellen und Räume mittels Zielvereinbarung, Indikatoren gestützt oder anderen leistungsbezogenen Modellen im Benehmen mit dem Bereichsrat, sowie die Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche Verwendung der dem Bereich zugewiesenen Ressourcen,
3. die Aufstellung des Beitrags des Bereichs zum Struktur- und Entwicklungsplan,
4. die regelmäßige Unterbreitung des Bereichsrats über alle wichtigen Angelegenheiten des Bereichs, bei besonderen Anlässen unverzüglich,
5. der Vollzug der Beschlüsse des Bereichsrats. Hält die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter einen Beschluss des Bereichsrats für rechtswidrig, hat sie oder er ihn zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen; die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung: kommt eine Einigung nicht zu Stande, ist die oder der Vorstandsvorsitzende zu unterrichten; diese oder dieser hebt den Beschluss, sofern sie oder er diesen für rechtswidrig hält, auf; andernfalls weist sie oder er die Beanstandung zurück,
6. der Vorsitz in den Berufungskommissionen für Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT, sofern die oder der Vorstandsvorsitzende des Vorstandes ihr oder ihm den Vorsitz übertragen; sie oder er können den Vorsitz auf eine Universitätsprofessorin oder einen Universitätsprofessor am KIT übertragen,
7. die Aufstellung des auf den Bereich entfallenden Teil des Wirtschaftsplans im Rahmen der Vorgaben des Vorstandes,
8. die allgemeine Dienstaufsicht entsprechend § 24 Absatz 2 Satz 2 LHG.

(2) Zu den Aufgaben der Bereichsleiterin und des Bereichsleiters gehört im Aufgabenbereich «Forschung» ferner,
1. die Angehörigen des wissenschaftlichen Personals, denen das Recht zur selbstständigen freien Forschung zusteht, in ihrer Forschungstätigkeit zu unterstützen, insbesondere bei Initiativen für koordinierte Forschung, und sich für angemessene Rahmenbedingungen für die freie Forschung einzusetzen;
2. an den strategischen Entscheidungen der dem Bereich zugeordneten Forschung im Rahmen der Helmholtz-Gemeinschaft mitzuarbeiten sowie diese Forschung zu organisieren, zu koordinieren, zu unterstützen und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in den Gremien der Helmholtz-Gemeinschaft zu vertreten und für die Umsetzung der Forschungsziele des Programms Sorge zu tragen.


(4) Für die Einstellungsvoraussetzungen und die Rechtsstellung der Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter gelten § 17 Absatz 2 mit Ausnahme des Satzes 2, Absatz 3 Sätze 1, 4 und 5, Absätze 4 und 7 LHG entsprechend, Absatz 2 Satz 2 mit der Maßgabe, dass keine Zustimmung des Wissenschaftsministe-
rums erforderlich ist. Für die vorzeitige Beendigung
der Amtszeit (Abwahl) gelten die §§ 24 Absatz 3
Satz 8 und 24a LHG entsprechend; als Fakultätsrat
im Sinne des § 24 Absatz 3 Satz 8 LHG und des § 24a
Absatz 3 LHG gilt der Bereichsrat. Als Satzung im
Sinne des § 24a Absatz 5 Satz 2 LHG gilt die Wahl-
ordnung nach § 9 Absatz 8 Satz 6 LHG, § 18 Absatz 4
LHG gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die
Stelle des Hochschulrats und des Wissenschaftsmini-
steriums der Bereichsrat und der Vorstand tritt; § 18
Absatz 4 Satz 4 LHG gilt für den KIT-Senat und den
Bereichsrat entsprechend. In den Fällen der vorzeiti-
gen Beendigung der Amtszeit nach Satz 2 gilt § 18
Absatz 4 Sätze 6 bis 8 LHG entsprechend.

(5) Die Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter, die
KIT-Dekaninnen und KIT-Dekane der bereichsange-
hörigen KIT-Fakultäten sowie die wissenschaftlichen
Programmsprecherinnen und Programmsprecher der
bereichsangehörigen KIT-Programme bilden den Be-
reichsausschuss. Dieser dient dem Informationsaus-
tausch sowie der Erörterung und Abstimmung der
Bereichsausschuss. Die Mitglieder des Be-
reichsausschusses treffen sich in regelmäßigen Ab-
ständen. Die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter
informiert die anderen Mitglieder des Bereichsaus-
schusses über grundsätzliche und wesentliche Fragen
der Bereiche. Bei solchen Fragen konsultiert sie oder
sie oder, wo tunlich, die Mitglieder des Bereichsaus-
schusses vor einer Entscheidung. Der Bereichsausschuss
gibt sich eine Geschäftsordnung. Zu Tagesordnungspunkten,
die nicht dem Bereich angehöri
KIT-Fakultäten oder nicht dem Bereich angehöri
KIT-Programme betreffen, können Vertreterinnen
oder Vertreter aus deren Reihen eingeladen werden.

(6) Die KIT-Dekaninnen und KIT-Dekane vertreten im
Bereichsausschuss die Belange von Lehre, Studi-
um und akademischen Angelegenheiten ihrer KIT-
Fakultät. Sie wirken auf eine angemessene Berück-
sichtigung dieser Belange bei Entscheidungen inner-
halb des Bereichs hin und tragen in vertrauensvoller
Zusammenarbeit zu einem angemessenen Ausgleich
der Interessen innerhalb des Bereichs bei.

(7) Die Wissenschaftlichen Sprecherinnen und
Sprecher der KIT-Programme (KIT-Programmspre-
cherinnen, KIT-Programmsprecher) vertreten im Be-
reichsausschuss die Belange des KIT-Programms.
Absatz 6 Satz 2 gilt für sie entsprechend.

§ 11 c

Bereichsrat

(1) Der Bereichsrat befasst sich mit allen Angelegen-
heiten des Bereichs von grundsätzlicher Bedeutung.
Ihm obliegen insbesondere:

1. die Wahl der Bereichsleiterin und des Bereichs-
leiters auf Vorschlag der Fundierungskommission,
2. die Beratung des Beitrags des Bereichs zum
Steckbrief- und Entwicklungsplan unter Einbezie-
hung der Beiträge der bereichsangehörigen KIT-
Fakultäten und KIT-Programme,
3. der Beschluss über den Vorschlag der Bereichslei-
terin oder des Bereichsleiters für die Funktionsbe-
schreibung von Stellen für Hochschullehrerinnen
und Hochschullehrer am KIT auf der Grundlage
der Entscheidungen der zuständigen KIT-Fakultät
und des zuständigen KIT-Programms,
4. die Benennung der Mitglieder für den vom Be-
reich zu besetzenden Teil der Berufungskommis-
sionen,
5. die Beschlussfassung über die Zustimmung
den Berufungsvorschlägen (§ 14a Absatz 3
Satz 13) nach Einholung des Beschlusses der
etreffen der KIT-Fakultät und des betroffenen
KIT-Programms,
6. die Evaluationsangelegenheiten gemäß § 5 Ab-
satz 2 LHG, soweit nicht die KIT-Fakultät zustän-
dig ist (§ 11 f Absatz 2 Satz 2 Nummer 8).
7. die Zustimmung zur Errichtung, Zusammenzieh-
ung, Auflösung und wesentlichen Änderungen
von Instituten und weiteren dem Bereich zuge-
ordneten Einrichtungen.

(2) Die Gemeinsame Satzung regelt die Zusammen-
satzung des Bereichsrats und die Amtszeit seiner
Mitglieder. Die Bereichsleiterin oder der Bereichs-
leiter sind stimmberechtigte Mitglieder kraft Amtes.
Die Gemeinsame Satzung sieht für die Jeder Gruppe der KIT-Mitglieder nach § 3 Absatz 7
Satz 2 vor, die dem Bereich angehören. Sie kann
weitere Amtssitzungen mit oder ohne Stimmrecht
vorsehen. Die Zahl der Wählerinnen, die der
Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschul-
lehrer am KIT angehören, ist so zu bemessen, dass
sie über eine Stimme mehr verfügen als alle anderen
stimmberechtigten Mitglieder zusammen. Das KIT
dient durch geeignete Regelungen oder andere geeig-
nete Maßnahmen sicher, dass sich in der Vertretung
Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hoch-
schullehrer am KIT im Bereichsrat die im Bereich
vorhandenen Fachgebiete im Wesentlichen abbilden.

§ 11 d

KIT-Fakultäten; KIT-Fakultätsorgane

(1) KIT-Fakultäten sind die einem Bereich zuge-
ordneten Einheiten, in denen unbeschadet der Ver-
antwortung der zentralen Organe Lehre
(einschließlich deren Qualitätsicherung) und akad-
emische Angelegenheiten organisiert und deren
ordnungsgemäße Erfüllung gewährleistet werden. In
ihnen bilden sich gleiche oder verwandte Fachgebiete ab, in denen das KIT Studium und Lehre, insbesondere in Form von Studiengängen und Kontaktstudien anbietet, Prüfungen, Promotionen und Habilitationen durchführt und entsprechende Abschlüsse verleiht. Die KIT-Fakultäten leisten unbeschränkt der Zuständigkeiten der anderen Organe ihren Beitrag für die Weiterentwicklung ihrer Disziplinen.

(2) Der KIT-Senat entscheidet auf Vorschlag des Vorstandes über die Einrichtung, Zusammenlegung, Auflösung und wesentliche Änderungen der KIT-Fakultäten. Die betroffenen KIT-Fakultäten und Bereiche sind vorher anzuhören.

(3) Die Gemeinsame Satzung regelt, wer Mitglied der KIT-Fakultät ist. § 22 Absatz 4 Sätze 2 bis 4 LHG gilt entsprechend.

(4) Organe der KIT-Fakultät sind
1. das KIT-Dekanat,
2. der KIT-Fakultätsrat.

§ 11e

KIT-Dekanat; KIT-Dekanin, KIT-Dekan

(1) Das KIT-Dekanat leitet die KIT-Fakultät. Dem KIT-Dekanat gehören an:
1. die KIT-Dekanin oder der KIT-Dekan,
2. die KIT-Prodekanin oder der KIT-Prodekan als Stellvertreterin oder Stellvertreter der KIT-Dekanin oder des KIT-Dekans,
3. die KIT-Studiendekanin oder der KIT-Studiendekan, die oder der in dieser Funktion die Bezeichnung »KIT-Prodekanin« oder »KIT-Prodekan« führen,
4. die weiteren KIT-Prodekaninnen und KIT-Prodekan, soweit von der Gemeinsamen Satzung vorgesehen.

Die Gemeinsame Satzung kann bis zu zwei weitere KIT-Prodekaninnen oder KIT-Prodekan vorsehen. § 23 Absatz 2 Satz 1 LHG gilt entsprechend; soweit entsprechend § 24 Absatz 5 Satz 1 LHG mehr als eine Studiendekanin oder ein Studiendekan zu wählen ist, legt die KIT-Dekanin oder der KIT-Dekan fest, welche KIT-Studiendekanin oder welcher KIT-Studiendekan die Funktion nach § 23 Absatz 2 Satz 2 LHG wahrnimmt.

(2) Das KIT-Dekanat ist für alle Angelegenheiten der KIT-Fakultät zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes regelt. Das KIT-Dekanat ist insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:
1. Nach Anhörung des KIT-Fakultätsrats bestimmung der Lehraufgaben der zur Lehre verpflichteten Mitglieder der KIT-Fakultät, soweit dies zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Lehrangebots erforderlich ist;

(2) Der KIT-Fakultätsrat befasst sich mit allen Angelegenheiten der KIT-Fakultät von grundsätzlicher Bedeutung. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl der KIT-Dekanin oder des KIT-Dekans sowie der KIT-Studiendekaninnen und KIT-Studiendekane (§ 11 e Absatz 4),
2. Beratung des Beirats der KIT-Fakultät zum Bereichsbudget für den Struktur- und Entwicklungspplan,
3. Zustimmung zu Studien-, Prüfungs- und Promotionsordnungen,
4. Durchführung von Promotions- und Habilitationsverfahren,
5. Vorschlag für die Verleihung der Bezeichnung »außerplanmäßiger Professor« und »außerplanmäßiger Professor« sowie zur Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren,
6. Benennung der Mitglieder für den von der KIT Fakultät zu besetzenden Teil der Berufungs kommissionen,
7. Benehmen zu Berufungsvorschlägen (§ 11 c Absatz 1 Satz 2 Nummer 5) der der KIT-Fakultät zugeordneten Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT,
8. Lehrevaluationsangelegenheiten gemäß § 5 Absatz 2 LHG,
9. Kooperation entsprechend § 22 Absatz 4 Sätze 2 bis 4 LHG sowie Assozierung gemäß § 38 Absatz 6a LHG,
10. Benehmen zur Funktionsbeschreibung von Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT im Rahmen der Beteiligung nach § 11 c Absatz 1 Satz 2 Nummer 3.

§ 11 g

KIT-Programme

(1) Im Rahmen der Großforschungs aufgabe nach § 2 Absatz 2 beträgt das KIT an der programmorientierten Forschung der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren e.V. (Programmforschung, programmgebundene Forschung).

(2) Für die am KIT durchgeführten Programme nach Absatz 1 oder am KIT durchgeführten Teile davon werden für die Dauer der am KIT durchgeführten Programme oder Programmenteile im fachlichen zuständigen Bereich (§ 11a) Einheiten nach Maßgabe dieser Vorschrift eingerichtet; sie führen die Bezeichnung »KIT-Programm« unter Hinzufügung der fachlichen Bezeichnung des Programms oder des am KIT durchgeführten Programmenteils. Ihnen obliegt eine Koordinierungs- und Abstimmungsfunktion zu den Programm inhalten und deren Umsetzung.

(3) Die Leiterinnen und Leiter der Institute (§ 11 b), die an einem KIT-Programm beteiligt sind und überwiegend Aufgaben in der Großforschung wahrnehmen, bilden die Programmkommission für das jeweilige KIT-Programm. Die Gemeinsame Satzung kann weitere Mitgliedschaften vorsehen und trifft Regelungen zur Vertretung von Akademischen Mitarbeiteninnen und Mitarbeitern am KIT in der Programmkommission. Es ist sicherzustellen, dass die Mitglieder, die der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT angehören, zusammen über mehr Stimmen verfügen als alle anderen stimmberechtigten Mitglieder zusammen; dies gilt für weitere Gremien des KIT-Programms, die nach Mitgliedergruppen zusammengesetzt werden, entsprechend. Die Gemeinsame Satzung kann für den Fall, dass die Zahl der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Institutsleiterinnen und Institutsleiter größer als 15 ist, ein Verfahren zu deren Auswahl vorsehen. Der Programmkommission obliegt

1. die Überprüfung des Programmforschungskonzepts,
2. der Vorschlag an die Bereichsleiterin oder den Bereichsleiter über die programminterne Verteilung des Sachmittel- und Investitionsbudgets für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuEBudget),
3. die Empfehlung zur Weiterentwicklung des Programms,
4. das Benehmen zu Berufungsvorschlägen (§ 11 c Absatz 1 Satz 2 Nummer 5),
5. die Benennung der Mitglieder für den vom KIT-Programm zu besetzenden Teil der Berufungskommissionen,
6. die Beratung des Beirats des KIT-Programms zum Beitrag des Bereichs für den Struktur- und Entwicklungspplan,
7. die Erteilung des Benehmens zur Funktionsbeschreibung von Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT im Rahmen der Beteiligung nach § 11 c Absatz 1 Satz 2 Nummer 3. Den Vorsitz in der Programmkommission hat die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter oder eine
oder ein von ihr oder von ihm benannte Vertreterin oder benannter Vertreter.


1. die Vorbereitung von Vorschlägen für die Verteilung des Programmbudgets,
2. der Abschluss von Zielvereinbarungen, die auf Basis des verabschiedeten Programmbudgets zwischen dem jeweiligen KIT-Programm und den Leiterinnen und Leitern der an diesem KIT-Programm beteiligten wissenschaftlichen Einheiten im Sinne von §§ 11 bis 11h und von § 12 abgeschlossen werden,
3. die Koordinierung der Antragstellung im Rahmen der programmbegleitenden Forschung,
4. die Erstellung der Berichte über die im jeweiligen KIT-Programm erzielten Fortschritte, sowie
5. die Aufstellung des Beitrags des KIT-Programms zum Beitrag des Bereichs zum Struktur- und Entwicklungsplan.

(5) Nüchtern kann in einer Organisationssatzung für KIT-Programme geregelt werden. Für die Mitwirkung der Hochschulleiterinnen und Hochschullehrer am KIT an der Grobforschung im Rahmen eines KIT-Programms gilt § 46 Absatz 1 Satz 8, erster Halbsatz, LHG entsprechend. §§ 10 Absatz 2 Nummer 2 sowie 8 Absatz 2 Nummer 2 gelten entsprechend.

§ 11h
Institute


(3) Die Institute werden von Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren am KIT (§ 14 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1) geleitet; die Gemeinsame Satzung kann auch eine kollegiale Leitung aus mehreren Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren am KIT vorsehen. Die Leiterinnen und Leiter der Institute tragen die Verantwortung für die Planung und Durchführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, für die Innovation sowie für die dem Institut obliegenden Aufgaben in Lehre und Studium (Absatz 1 Satz 3) und für die Verwendung der Finanzmittel ihrer Institute.

(4) In den Instituten des KIT ist eine angemessene Mitwirkung der Mitarbeiter sicherzustellen; in großen Instituten soll hierfür eine gewählte Vertretung der Institutsmitarbeiter eingerichtet werden; das Wahlverfahren regelt eine vom KIT-Senat zu erlassende Wahlordnung. Für Gremien des Instituts, die nach Mitgliedergruppen zusammengesetzt sind, gilt § 10 Absatz 3 LHG entsprechend.

13. § 12 wird wie folgt gefasst:

»§ 12 Organisation der KIT-Forschung

Erreichung des Zwecks nach Satz 1 können auf Vorschlag des Vorstands durch Satzung mit Zustimmung des Wissenschaftsministeriums Abweichungen von § 15 Absätze 6 bis 8 und § 28 LHG zugelassen werden.«

14. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter »Im Universitätsbereich kann das KIT« durch die Wörter »Das KIT kann« ersetzt.

bb) In Satz 3 werden nach den Wörtern »des Landes« die Wörter »unter Beachtung des § 17 Absatz 1« eingefügt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

»Das KIT hat seine Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg dauerhaft sicherzustellen.«

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

»(4) Das KIT ist Beteiligter bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für alle nach ihrer Satzung versicherbaren Arbeitnehmer und ist verpflichtet, die für die Beteiligung erforderlichen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen zu erhalten.«

d) Absatz 5 wird aufgehoben.

e) Absätze 6 bis 12 werden Absätze 5 bis 11.

f) Im neuen Absatz 7 wird in Satz 1 die Angabe »§ 44 Absatz 1 LHG« durch die Angabe »§ 14 Absatz 1« ersetzt.

g) Der neue Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

»(8) Beim KIT ist die oberste Dienstbehörde nach § 89 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 LPVG ein auf Antrag des Vorstands des Personalrats vom Aufsichtsrat eingesetzter Ausschuss. Dem Ausschuss gehören vier Mitglieder des Aufsichtsrats an, darunter die Vertreter des Vorstands der Vertreter des Bundes und des Landes im Aufsichtsrat. Die Vertreter von Bund und Land können sich jeweils durch Stellvertreter im Aufsichtsrat vertreten lassen. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte die beiden anderen Mitglieder des Ausschusses; der Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Der Vorstand und der Personalrat ist in den Beratungen des Ausschusses Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Das Organ nach § 89 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 ist in der Regel mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 LPVG der Aufsichtsrat.«

h) Der neue Absatz 10 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird die Angabe »§ 94a Nr. 8« durch die Wörter »§ 101 Nummer 8 Buchstabe b« ersetzt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter »der Großforschungsbereich« durch die Wörter »die Großforschungsaufgabe« ersetzt.

c) In Satz 5 wird das Wort »Fakultäten« durch das Wort »KIT-Fakultäten« ersetzt.

15. § 14 wird wie folgt gefasst:

»§ 14

Das wissenschaftliche Personal des KIT

(1) Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche Personal des KIT besteht aus

1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern am KIT (Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren am KIT, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren am KIT) sowie

2. den Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am KIT.

Das sonstige wissenschaftliche Personal besteht aus den in § 44 Absatz 2 LHG genannten Kategorien.

(2) Für das wissenschaftliche Personal des KIT gelten die §§ 44 bis 57 LHG entsprechend, sofern dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft und die Anwendung der §§ 44 bis 57 nicht ausschließt.«

16. Nach § 14 werden folgende §§ 14a und 14b eingefügt:

»§ 14a

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT

(1) Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT nehmen nach Maßgabe der Funktionsbeschreibung ihrer Stelle

1. die Aufgaben, die nach den Vorschriften des Landeshochschulgesetzes (LHG) Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern obliegen,

2. die Mitwirkung an Forschung und Entwicklung im Rahmen der Großforschungsaufgabe des KIT,

3. die Mitwirkung an der Gewinnung von Innovationsfeldern im Rahmen der Universität- und der Großforschungsaufgabe sowie

4. die Leitung der ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Einheiten und die Mitwirkung in den Einheiten nach § 12

wahr. Für die Mitwirkung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer am KIT an der Großforschung nach § 2 Absatz 3 gilt § 46 Absatz 1 Satz 8, erster Halbsatz LHG entsprechend.

(2) Bei der Prüfung nach § 46 Absatz 3 Satz 1 LHG im Zusammenhang mit der Funktionsbeschreibung der Stelle wird anstelle der Anhörung nach Halbsatz 2 der Vorschlag des Bereichs (§ 11c Absatz 1 Satz 2 Nummer 3) mit herangezogen. Abweichend von § 46 Absatz 3 Satz 4 LHG trifft die Entscheidung über die Funktionsbeschreibung der Stelle oder deren Änderung bei Professoren und Tenure-Track-Professoren das KIT. Die Entscheidung bedarf im Rahmen der Beschlussfassung nach § 8 Absatz 1
Satz 3 Nummer 12 der Zustimmung des Vertreters des Landes im Aufsichtsrat; betrifft die Funktionsbezeichnung eine Stelle, deren Inhaberin oder Inhaber auch die Wahrnehmung von Aufgaben in der Großforschung obliegt, ist auch die Zustimmung des Bundesvertreters erforderlich. Für die Berufung der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren am KIT ist kein Einvernehmen mit dem Wissenschaftsministerium erforderlich.

(3) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlags bestimmt der Vorstand die Zahl der Mitglieder nach Satz 3 Nummern 2 und 3 und bildet eine Berufungskommission auf der Grundlage der Vorschläge nach den Sätzen 4 bis 9. Sie wird von einem Mitglied des Vorstandes geleitet; der Vorstand kann den Vorsitz auf die Bereichsleiterin oder den Bereichsleiter des Bereichs übertragen, auf die Stelle zu besetzen ist; § 16 Absatz 7 Satz 1 LHG bleibt unberührt. Der Berufungskommission gehören an:

1. Die oder der Vorsitzende nach Satz 2,
2. Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren am KIT, die zusammen über mindestens eine Stimme mehr verfügen müssen als die Mitglieder nach den Nummern 1 und 3 bis 7 zusammen,
3. mindestens eine hochschulexterne sachverständige Person,
4. zwei fachkundige Frauen,
5. zwei fachkundige Männer,
6. eine Chancengleichheitsbeauftragte sowie
7. eine Studierende oder ein Studierender.

Der Bereichsrat des Bereichs, in dem die Stelle zu besetzen ist, schlägt vier Mitglieder nach Satz 3 Nummer 2 vor. Die Mehrheit der übrigen Mitglieder nach Satz 3 Nummer 2 wird von dem KIT-Fakultätsrat benannt, in dessen KIT-Fakultät die Professor zu besetzen ist, sofern der Schwerpunkt der Professor in der Wahrnehmung der Universitätsaufgabe liegt; liegt der Schwerpunkt der Professor in der Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe, wird die Mehrheit der Mitglieder nach Satz 3 Nummer 2 von der Programmkommission des KIT-Programms benannt, in dem die Professor zu besetzen ist. Der Vorstand legt unter Berücksichtigung der Vorgabe des Satzes 5 die im konkreten Berufungsfall durch die KIT-Fakultät und die KIT-Programmkommission zu benennende Zahl der Mitglieder nach Satz 3 Nummer 2 fest; die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter legen hierzu einen Vorschlag vor, der zu begründen ist. Im Zweifel entscheidet der Vorstand, wo der Schwerpunkt der Professor liegt; Bereich, KIT-Fakultät und KIT-Programm sind anzuhören. Die Mitglieder nach Satz 3 Nummern 1 bis 5 und 7 werden vom Bereichsrat vorgeschlagen; das Mitglied nach Satz 3 Nummer 7 muss der KIT-Fakultät angehören, in der die Professor zu besetzen ist. Mindestens zwei der nach Satz 3 Nummer 4 und 5 zu benennenden Mitglieder müssen der Gruppe der akademischen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen am KIT angehören. Der Vorstand kann auf die Stellen des Vorstandes nach diesem Absatz der oder dem Vorstandsvorsitzenden allgemein oder im Einzelfall übertragen. Die Berufungskommission kann Gäste ohne Stimmrecht zulassen; § 48 Absatz 3 Sätze 6 bis 8 und Absatz 5a LHG finden entsprechende Anwendung. Der Berufungsvorschlag bedarf der Zustimmung des Bereichsrats (§ 11c Absatz 1 Satz 2 Nummer 5); die Gemeinsame Satzung regelt die Beteiligung des KIT-Senats; im Rahmen der Vorgaben dieses Satzes kann durch sonstiges Satzung näheres geregelt werden.

(4) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren am KIT werden vom Vorstand auf Vorschlag der Kommission nach Satz 2 berufen. § 51 Absatz 6 LHG findet keine Anwendung; an seine Stelle tritt Absatz 3 dieser Vorschrift. In Besetzungsverfahren für die Besetzung von Tenure-Track-Professoren (§ 51b LHG) sind international ausgewiesene Gutachterinnen und Gutachter zu beteiligen.

§ 14b

Akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT

(1) Die Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT nehmen nach Maßgabe ihrer Dienstaufgabenbeschreibung
1. die Aufgaben von Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach § 52 LHG,
2. die weisungsgemeinsame Mitwirkung an Forschung und Entwicklung bei der Erfüllung der Großforschungsaufgabe im Rahmen der Vorgaben und Entscheidungen der Organe des KIT und der Leitung der Einheit, die sie zugeordnet sind, sowie die weisungsgemeinsame Mitwirkung in Einheiten nach § 12 wahr.

(2) Die Einstellungsveranlassungen für die Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT richten sich nach § 52 Absatz 3 LHG.

(3) Die Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT bilden einen Konvent. Dieser kann die die Akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffenden Fragen beraten und Empfehlungen an die Organe des KIT aussprechen. Der Konvent gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt einen Vorstand. Näheres zur Organisation des Konvents und zum Wahlverfahren für den Vorstand regelt die Geschäftsordnung, die der Konvent mit Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder beschließt. Der Konvent kann beschließen, dass angenommene Dokto-
randinnen und Doktoranden Mitglieder des Konvents sind, sofern das KIT keinen Konvent nach § 38 Absatz 7 LHG auf zentraler Ebene eingerichtet hat."

17. § 15 wird wie folgt gefasst:

»§ 15
Lehrverpflichtung; Lehrkapazität

(1) Die Lehrverpflichtung des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals, das aus Universitätsmit- teln finanziert wird, besteht sich nach den Vor- schriften des Landeshochschulgesetzes in seiner je- weils geltenden Fassung und den auf seiner Grund- lage erlassenen Rechtsverordnungen.


(3) Der Vorstand des KIT kann Hochschullehrer-innen und Hochschullehrern am KIT nach Absatz 1 die Lehrverpflichtung zur Wahrung von Auf- gaben in der Großforschung angemessen reduzieren. Voraussetzung hierfür ist, dass eine Hochschul- lehrerin oder ein Hochschullehrer am KIT nach Ab- satz 2 zum Ausgleich der Reduktion eine entsprechende Lehrverpflichtung als Dienstaufgabe übernimmt (Auszulieblingslehre); solche Reduktionen sind personenbezogen und nachvollziehbar zu dokumentieren, ebenso, wie in welchem Umfang die Aus- gleichslehre erbracht. Ausgleichslehre leitet in die Berechnung der Aufnahmekapazität ein. Der Aus-

gleich darf nur innerhalb derselben Personalkatego- rie stattfinden. Die vorstehenden Sätze 1 bis 4 gelten für Akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am KIT, die unter Absatz 1 falllen, entsprechend.

(4) Akademische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die aus Großforschungsmitteln finanziert werden, können zur persönlichen Qualifizierung außerhalb ihrer Tätigkeit in der Großforschung nach Ab- stimmung mit der zuständigen KIT-Fakultät an der Lehre mitwirken; diese Lehre wird weder aus Uni- versitäts- noch aus Großforschungsmitteln vergütet. Lehre nach diesem Absatz gilt als Zusatzlehre und bleibt bei der Berechnung der Aufnahmekapazität außer Betracht."

18. § 16 wird wie folgt geändert:

In Absatz 9 werden die Wörter »für den universitären Bereich« gestrichen.

19. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:


1. zur Mittelbewirtschaftung,

2. zum Globalhaushalt sowie zur Übertragbarkeit und Deckungsfähigkeit der Ausgabemittel entsprechend § 3 Wissenschaftsfreiheitsgesetz nach Maßgabe der jeweiligen haushaltsrecht- lichen Ermächtigungen,

3. zur Anwendung des Bauverfahrens entspre- chend § 6 Wissenschaftsfreiheitsgesetz,

4. hinsichtlich der Einschränkung des Besserstel- lungsvorliebe entsprechend § 4 Wissenschafts- freiheitsgesetz,

5. zur Anwendbarkeit der für die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) geltenden Regelungen zum Finanz- und Berichtswesen,

6. zur Anwendbarkeit von Regelungen aus dem Finanzstatut für Forschungseinrichtungen des Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deu-


(3) Das KIT führt seine Bücher in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Für die Zwecke der Rechnungslegung erstellt es ab dem Geschäftsjahr, in dem die Auflösung der Sondervermögen nach § 28 Absatz 1 Satz 1 wirksam wird, einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht in sinngemäßer Anwendung der Regelungen für große Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches für die gesamte Körperschaft KIT, jedoch ohne das Stammvermögen; solange Sondervermögen des KIT bestehen, werden für diese getrennte Jahresabschlüsse und Lageberichte nach den Vorgaben dieses Absatzes erstellt. Das KIT stellt sicher, dass es die Verwendung der Beiträge, die Bund und Land für die Erfüllung der Großforschungsauflage leisten, zu jeder Zeit belegen kann. Entsprechendes gilt für die Verwendung der Landesmittel für die Universitätsaufgabe. Bund oder Land können zu jeder Zeit Auskunft über die Mittelverwendung für die Großforschungsauflage verlangen; das Land kann darüber hinaus zu jeder Zeit Auskunft über die Mittelverwendung für die Universitätsaufgabe verlangen. Näheres zu Buchführung, Bilanzierung, Finanzberichterstattung und zur Nachweismethode hinsichtlich der Mittelverwendung wird in der Verwaltungsvorschrift gemäß Absatz 1 Satz 2 festgelegt.


b) Absatz 5 wird aufgehoben.

c) Die bisherigen Absätze 6 bis 8 werden die Absätze 5 bis 7.

d) Der neue Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

«(5) Die Innenrevision ist als Stabsstelle direkt dem Vorstand zugeordnet. Der Vorstand hat für eine angemessene Ausstattung der Innenrevision Sorge zu tragen und deren eigenverantwortliche und unabhängige Aufgabenausübung sicherzustellen, sodass eine wirksame Kontrollumgebung sichergestellt wird, die den Rahmenbedingungen und Besonderheiten des KIT zu jeder Zeit gerecht wird. Der Vorstand hat die Prüfungsleiter der Innenrevision zu Beginn jeden Jahres dem Auf-
sichtsrat vorzulegen. Der Aufsichtsrat kann die Aufnahme weiterer Prüfungsthemen und -felder anregen und ist in regelmäßigen Abständen zu unterrichten, auch über die geplante und die abgeschlossene Prüfungstätigkeit der Innerevision.

e) Dem neuen Absatz 7 wird folgender Absatz 8 angefügt:


20. § 18 wird wie folgt gefasst:

> § 18

**Sondervermögen Großforschung;**

**Sondervermögen Universität**

(aufgehoben)

21. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 6 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter »den Universitätsbereich« werden durch die Wörter »die Wahrnehmung der Universitätsaufgabe« ersetzt.

bb) In Nummer 1 werden nach den Wörtern »finanzielle Angelegenheiten« die Wörter »wie z.B. die Leistungsverrechnung zwischen den für die Universitätsaufgabe und den für die Großforschungsaufgabe bereitgestellten Mitteln« eingefügt.

cc) In Nummer 6 werden die Wörter »des Großforschungsbereiches« durch die Wörter », die bei der Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe gewonnen werden« ersetzt.

dd) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:

> § 8. die Finanzordnung nach § 17 Absatz 4 Satz 1 und die Regelungen für das Personal; solche Regelungen sind nur zulässig, sofern nicht gesetzliche oder tarifvertragliche Regelungen entgegenstehen. Die Befassung der Kommission der Finanzmittelgeber ist beschränkt auf grundsätzliche Fragen der Personalpolitik des KIT; personelle Einzelfälle von erheblicher Bedeutung sowie die Aufgabenflexibilisierung, insbesondere beim Leitungspersonal; Berufungsverfahren sind hiervon nicht erfasst.«

e) In Nummer 9 wird die Zahl »6« durch die Zahl »5« ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter »für den Großforschungsbereich« durch die Wörter »hinsichtlich der Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe« ersetzt.

c) Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

»(3) Das Wissenschaftsministerium hat die der Zuweisung des Bundes an das Land zur Erfüllung der Großforschungsaufgabe (§ 2 Absatz 3 Satz 1) zugrunde liegenden Bestimmungen bei der Mitteilung durch KIT verbindlich aufzuerlegen und deren Einhaltung sicherzustellen. Es ist ermächtigt, die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere

1. dem KIT die der Zuweisung nach Satz 1 zugrunde liegenden Bestimmungen verbindlich aufzuerlegen,

2. Auskunft über die Verwendung der Mittel zu verlangen,

3. das KIT zur bestimmungsmaßigen Verwendung anzuhalten und dies erforderlichenfalls durchzusetzen,

4. nicht bestimmungsmaßig verwendete Mittel zurückzufordern.

Im Übrigen findet § 68 LHG entsprechende Anwendung. Maßnahmen nach den vorstehenden Sätzen trifft das Wissenschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.«

22. § 20 wird wie folgt gefasst:

> § 20

**Anwendbarkeit des Landeshochschulgesetzes**

(1) Die Vorschriften des Landeshochschulgesetzes finden keine Anwendung, es sei denn, sie werden in diesem Gesetz für anwendbar erklärt. Für das KIT finden folgende Vorschriften des Landeshochschulgesetzes in der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes gelenden Fassung des Landeshochschulgesetzes entsprechende Anwendung, sofern nachfolgend nichts anderes bestimmt ist:

- § 2 Absatz 5 in der Fassung vor Inkrafttreten des Dritten Hochschulrechtsänderungsgesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99);

- § 2 Absatz 6;

- § 3 Absatz 5;

- § 4 a;

- § 6 Absatz 1 sowie Absätze 3 bis 5;

- § 12 Absätze 1, 3, 4 sowie 8 bis 10;

- § 15 Absatz 6 mit der Maßgabe, dass er auch auf Bereiche Anwendung findet; Dekanin oder Dekan im Sinne des Satzes 4 ist die Bereichsleiterin oder Bereichsleiter;
§ 15 Absatz 7 mit der Maßgabe, dass er nur für die BetriebsEinrichtungen Anwendung findet und die dort genannten Einrichtungen auch als solche des Bereichs geführt werden können;

§ 40;

§ 48a;

§ 76 Absatz 4.

(2) Für die Wahrnehmung der Universitätsaufgabe nach § 2 Absatz 2 finden folgende Vorschriften des Landeshochschulgesetzes in der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung des Landeshochschulgesetzes entsprechende Anwendung:

§ 1 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 sowie Absatz 4 Satz 1;

§ 2, soweit sein Inhalt die Universitäten betrifft;

§ 3 Absätze 1 bis 4;

§ 4, soweit in diesem Gesetz keine abweichende Regelung getroffen wird;

§ 5;

§ 7, soweit in diesem Gesetz keine abweichende Regelung getroffen wird;

§ 10a;

§ 11 Absatz 3 und Absatz 6;

§ 12 Absätze 2, 6 und 7;

§ 15 Absatz 8;

§§ 28 bis 39 sowie 41 bis 43;

§§ 58 bis 65b, soweit in diesem Gesetz keine abweichende Regelung getroffen wird;

§§ 73 bis 75 sowie

§ 76 Absatz 3.


23. Nach § 21 werden folgende §§ 22 bis 29 angefügt:

»§ 22
Zusammenführung der mitgliedschaftsrechtlichen Statusgruppen

(1) Hinsichtlich ihrer mitgliedschaftlichen Stellung, ihrer Mitwirkung an der Selbstverwaltung des KIT und ihres Wahlrechts (korporationsrechtliche Stellung) bilden mit Eintritt des Zusammenführungszeitpunktes nach Absatz 3

1. die Angehörigen der Gruppe der
   a) HochschullehrerInnen und Hochschullehrer nach § 14 Absatz 2 Satz 1 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes und
   b) leitenden Wissenschaftler nach § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes
   die Gruppe der HochschullehrerInnen und Hochschullehrer am KIT nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1.

2. die Angehörigen der Gruppe der
   a) Akademischen MitarbeiterInnen und Mitarbeiter nach § 14 Absatz 2 Satz 1 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes und
   b) die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Mitarbeiter nach § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes
   die Gruppe der Akademischen MitarbeiterInnen und Mitarbeiter am KIT nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2

3. die Angehörigen der Gruppe der
   a) sonstigen MitarbeiterInnen und Mitarbeiter nach § 3 Absatz 7 Satz 2, zweiter Halbsatz in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in Verbindung mit § 10 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 LGH in der bis zum Inkrafttreten des Dritten Hochschulrechtsänderungsgesetzes (3. HRÄG) vom 1. April 2014 (GBL S. 99) geltenden Fassung, und
   b) die nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Mitarbeiter des Großforschungsbereiches nach § 9 Satz 5 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes
   die Gruppe der sonstigen Mitarbeiter am KIT nach § 3 Absatz 7 Satz 2 Nummer 5.

(2) Die Beschäftigungs- oder Dienstverhältnisse der in Absatz 1 genannten Personen werden durch diese Zusammenführung nicht berührt. Die auf der Grundlage des § 14 Absatz 4 Satz 4 des KIT-Gesetzes in der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung verliehenen Bezeichnungen »Professor« oder
»Professor und Forschungsdirektor am KIT« können auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes weitergeführt werden.

(3) Das Wissenschaftsministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, zu dem die Zusammenführung nach Absatz 1 eintritt.

§ 23
Übergangsregelung zu KIT-Senat, Aufsichtsrat und Vorstand


(2) § 7 Absatz 5 Satz 1 ist auf die erste, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindende Wahl anwendbar.


§ 24
Übergangsregelung zu den Bereichen und Bereichsorganen


(3) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem Bereich vorhandenen Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter, die an diesem Bereich vorhandenen KIT-Dekaninnen und KIT-Dekane sowie die an diesem Bereich vorhandenen wissenschaftlichen Pro gramm spracherinnen und Programm sprecher bilden den Bereichsausschuss nach § 11b Absatz 2 und nehmen dessen Zuständigkeiten, Aufgaben, Rechte und

§ 25
Übergangsregelung zu den KIT-Fakultäten


§ 26
Übergangsregelung zu den HGF-Programmen und Instituten


§ 27
Anpassung von Satzungen

§ 28

Auflösung der Sondervermögen

(1) Die Auflösung des Sondervermögens Großforschung und des Sondervermögens Universität (§ 18 in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes) erfolgt dergestalt, dass sie jeweils mit dem Auflösungszeitpunkt nach Satz 2 ihren Status als Sondervermögen verlieren; ihre Vermögensgegenstände bilden ab diesem Zeitpunkt einheitlich das allgemeine Vermögen des KIT. Der Auflösungszeitpunkt wird vom Wissenschaftsministerium durch Rechtsverordnung bestimmt.

(2) Das sich zum Zeitpunkt der Auflösung des jeweiligen Sondervermögens, nach Realisation der enthaltenen stillen Reserven und Lasten ergebende Nettovermögen (Eigenkapital) darf ausschließlich für die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe verwendet werden, aus deren Sondervermögen es stammt.

(3) Vermögensgegenstände, Rechte, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten gehen mit Auflösung der Sondervermögen auf das allgemeine Vermögen des KIT über; sie gelten grundsätzlich als mit der Aufgabe verknüpft, aus deren Sondervermögen sie stammen. Das Eigenkapital der Großforschungsaufgabe darf weder unmittelbar noch mittelbar zur Finanzierung der Universitätsaufgabe verwendet werden; das Eigenkapital der Universitätsaufgabe darf weder unmittelbar noch mittelbar zur Finanzierung der Großforschungsaufgabe verwendet werden. Das Stammvermögen nach § 20 Absatz 3 und das allgemeine Vermögen des KIT sind getrennt zu halten.

§ 29

Übergangsregelung zu § 12 Absatz 8 Satz 4 LHG

Bei Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen haben, wird ein Wunsch nach einer fortlaufenden Speicherung der Daten nach § 20 Absatz 2 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 12 Absatz 8 Satz 4 LHG in der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung unterstellt, solange und soweit die Absolventin oder der Absolvent dem KIT gegenüber nicht das Gegenenteil erklärt.

Artikel 2

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg


1. § 37 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort »Hochschullehrer « die Wörter »nach dem Landes-« eingefügt.

b) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird folgende Nummer 3 angefügt:

»3, Universitätsprofessoren am KIT, Juniorprofessoren am KIT und Wissenschaftliche Direktoren und Professoren am KIT.«

2. § 38 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden nach dem Wort »Nachwuchsförderung « die Wörter »und am KIT auch für die Mitwirkung an Forschung und Entwicklung nach Maßgabe von § 14a Absatz 1 Nummer 2 des KIT-Gesetzes (KITG) und Mitwirkung an der Gewinnung von Innovationen nach Maßgabe von § 14a Absatz 1 Nummer 3 KITG« eingefügt.

bb) Nummer 3 wird folgender Satz angefügt:

»Funktionsleistungsbezüge können am KIT auch für die Dauer der Wahrnehmung von organisatorisch ausgewiesenen herausgehobenen Funktionen oder besonderen Aufgaben im KIT vergeben werden, die nicht oder nicht nur hochschulischer Natur sind.«

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

»Das KIT steht insoweit einer deutschen Hochschule gleich.«

bb) Der neue Satz 3 wird wie folgt gefasst:

»Die Leistungsbezüge dürfen den Unterschiedsbetrag ferner übersteigen, wenn ein Professor bereits an einer bisherigen Hochschule oder am KIT Leistungsbezüge erhält, die den Unterschiedsbetrag erreichen oder übersteigen und dies erforderlich ist, um den Professor für eine andere deutsche Hochschule oder das KIT zu gewinnen oder seine Abwanderung an eine andere deutsche Hochschule oder das KIT zu verhindern.«

c) Im neuen Satz 4 wird die Angabe »und 2« durch die Angabe »bis 3« ersetzt.

c) Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

»Funktionsleistungsbezüge im Sinne von § 38 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 für nicht hauptamtliche Funktionen am KIT können während der Dauer der Wahrnehmung der Funktion oder Aufgabe in mehrjährigen Abständen erhöht und dabei neben den individuell in der Funktion erbrachten Leistungen
und der Bedeutung der Funktion im Gesamtdiagramm des KIT auch regelmäßige Besoldungsanpassungen angemessen berücksichtigen werden. An nicht hauptamtliche Funktionsträger können keine Funktionsleistungsbezüge im Sinne von § 38 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 als Einmalzahlung gewährt werden.«

d) Absatz 9 wird folgender Satz angefügt:

»Vom KIT festgesetzte Leistungsbezüge werden in den Fällen des § 39 Absatz 6 Nummer 3 nach Maßgabe der vorstehenden Absätze nur dann ruhegehaltfähig, soweit dafür der nach Landesrecht geltende Versorgungszuschlag entrichtet wird.«

e) In Absatz 10 Satz 1 werden nach dem Wort »Hochschule« die Wörter »oder das KIT« eingefügt.

3. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

»Für das KIT gilt der für die Universitäten maßgebliche Besoldungsdurchschnitt entsprechend.«

b) In Absatz 5 werden nach dem Wort »sowie« die Wörter »die auf Stellen der Universitätsaufgabe geführten hauptberuflichen Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien« eingefügt.

c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern »Mittel Dritter den Hochschulen« die Wörter »oder dem KIT« eingefügt.

bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

»3. soweit Planstellen am KIT, die aus Mitteln der Großforschungsaufgabe nach § 2 Absatz 3 KITG oder aus sonstigen Mitteln des Bundes finanziert und in einem gesonderten Stellenplan geführt werden, sind diese und die darauf entfallenden Besoldungs- ausgaben nicht in die Berechnung des Vergütungshaftens einzubeziehen. Die Finanzierung der einzelnen Stellen muss dauerhaft alle hierauf entfallenden Kosten umfassen, die durch die konkrete Besetzung entstehen. Dies muss vor der jeweiligen Besetzung der Stelle vom Mittelgeber verbindlich zugesagt werden.«

c) Die bisherige Nummer 3 wird die Nummer 4.

dd) In Nummer 4 werden die Wörter »oder einer Personalkostenerstattung nach § 15 Abs. 2 des KIT-Gesetzes (KITG)« gestrichen und nach den Wörtern »jeweilsige Hochschule« die Wörter »oder das KIT« eingefügt.

4. § 59 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter »oder der Vorstand des KIT« gestrichen.

b) Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

»(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Juniorprofessoren am KIT entsprechend. Zuständig für die Vergabe der Zulagen ist der Vorstand des KIT.«

5. § 60 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Wörter »für Hochschullehrer« gestrichen.

b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort »Hochschullehrer« die Wörter »nach dem Landeshochschulgesetz« eingefügt.

c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

»(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Hochschullehrer am KIT, die Mittel privater Dritter für Forschungs- und Lehrvorhaben aus dem Bereich der Universitäts- oder Großforschungsaufgabe des KIT einwerben und diese Vorhaben durchführen. An die Stelle des besonderen Landesinteresses im Sinne des Absatzes 2 tritt das besondere Interesse des KIT, das durch den Aufsichtsrat festgestellt wird.«

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:

In Satz 1 werden nach Wörtern »jeweilsige Hochschule« die Wörter »oder für das KIT« eingefügt.

6. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

»§ 61
Zulage für die Wahrnehmung von Leistungsfunktionen bei Großforschungsaufgaben des KIT«

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

»(1) Universitätsprofessoren am KIT, die unbefristete Leistungsfunktionen in der Großforschungsaufgabe des KIT nach Maßgabe des KITG wahrnehmen, kann hierfür aus Mitteln der Großforschungsaufgabe für die Dauer der Wahrnehmung dieser Leistungsfunktion eine nicht ruhegehaltfähige Zulage (KIT-Funktionszulage) bis zur Höhe von 1 500 Euro pro Monat bewilligt werden.«

7. Die Anlage 4 (zu § 37) Landesbesoldungsordnung W wird wie folgt geändert:

a) Bei der Besoldungsgruppe W 1 wird nach der Amtsbezeichnung »Professor als Juniorprofessor« folgende Amtsbezeichnung eingefügt:

»Professor als Juniorprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 des KITG«

b) Die Besoldungsgruppe W 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Amtsbezeichnung »Kanzler der ..« wird folgende Amtsbezeichnung eingefügt:
»KIT-Dekan einer KIT-Fakultät« als hauptamtlicher KIT-Dekan nach § 11 e
KITG in Verbindung mit § 24 des Landeshochschulgesetzes.

bb) Nach der Amtsbezeichnung »Universitätsprofessor« wird folgende Amtsbezeichnung eingefügt:

»Universitätsprofessor am KIT« als Hochschullehrer nach § 14 des KITG.

c) Die Besoldungsgruppe W3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Amtsbezeichnung »Kanzler der ...« wird folgende Amtsbezeichnung eingefügt:

»KIT-Dekan einer KIT-Fakultät« als hauptamtlicher KIT-Dekan nach § 11 e
KITG in Verbindung mit § 24 des Landeshochschulgesetzes.

bb) Nach der Amtsbezeichnung »Universitätsprofessor« wird folgende Amtsbezeichnung eingefügt:

»Universitätsprofessor am KIT« als Hochschullehrer nach § 14 des KITG.

c) Nach der Amtsbezeichnung »Vizepräsident des Karlsruher Instituts für Technologie« wird folgende Amtsbezeichnung eingefügt:

»Wissenschaftlicher Direktor und Professor am KIT« als Bereichsleiter nach § 11 b KITG.

Artikel 3
Änderung der Leistungsbezügeverordnung


1. In § 1 Absatz 1 Nummer 1 werden nach den Wörtern »Besoldungsgruppen W 2 und W 3« die Wörter »sowie an Universitätsprofessoren« am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien am KIT in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3« eingefügt.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern »für die Hochschule« die Wörter »oder für das KIT« eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern »im Inland« die Wörter »oder an das KIT« eingefügt.

c) In Absatz 3 werden nach den Wörtern »jeweilige Hochschule« die Wörter »oder das KIT« und nach dem Wort »Bestimmungen« die Wörter »oder des KITG« eingefügt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Wörter »in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung« gestrichen.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

»Leistungsbezüge nach § 38 Absatz 1 Nummer 2 LBesGBW können für besondere Leistungen, die in der Regel über mehrere Jahre erbracht werden müssen, gewährt werden.«

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

Nach den Wörtern »Veranlassung der Hochschule« werden die Wörter »oder des KIT« und nach den Wörtern »oder die Hochschule« werden die Wörter »oder das KITG« eingefügt.

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort »Hochschule« die Wörter »oder des KITG« eingefügt.

bb) In Nummer 4 werden nach dem Wort »Hochschule« die Wörter »oder das KITG« eingefügt.

d) In Absatz 7 werden nach dem Wort »Hochschule« die Wörter »oder das KITG« und nach dem Wort »Bestimmungen« die Wörter »oder des KITG« eingefügt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Wörter »oder beim KIT« angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter »Karlsruher Institut für Technologie (KIT)« durch das Wort »KIT« ersetzt und nach den Wörtern »Vorstandsmitglieder des KIT« die Wörter »Bereichsleiter am KIT« eingefügt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

»Funktionsleistungsbezüge können auch für die Wahrnehmung weiterer Funktionen oder besonderer Aufgaben im Rahmen der Hochschulsekretariatsarbeit, der Hochschulleitung oder beim KIT gewährt werden.«

c) In Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern »jeweilige Hochschule« die Wörter »oder das KITG« und nach dem Wort »Bestimmungen« die Wörter »oder des KITG« eingefügt.

5. In § 5 wird wie folgt geändert:


b) In Satz 2 werden nach dem Wort »Betreiber einer« die Wörter »sowie die Besonderheiten des KIT« eingefügt.
c) Satz 4 wird wie folgt geändert:
   aa) Nach dem Wort »Bestimmungen« werden die Wörter »und die Bestimmungen des KITG« eingefügt.
   bb) Das Wort »Mitbestimmungsrechte« wird durch das Wort »Mitwirkungsrechte« ersetzt.
6. § 6 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 6 Satz 1 werden nach den Wörtern »An Universitäten« die Wörter »und am KIT, soweit Stellen betroffen sind« eingefügt. 
   b) In Absatz 8 Satz 1 werden nach dem Wort »Hochschulen« die Wörter »und für das KIT« eingefügt.
8. § 8 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert
      aa) In Satz 1 werden nach dem Wort »Professoren« die Wörter »und nach dem Landeshochschulgesetz« eingefügt.
      bb) Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
      »Das KIT hat insoweit die Bestimmungen des KITG zu berücksichtigen.«
   b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
      »(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Universitätsprofessoren am KIT und Juniorprofessoren am KIT, die Mittel privater Dritter für Forschungs- und Lehrvorhaben aus dem Bereich der Universitäts- oder Großforschungsauflage des KIT einwerben und diese Vorhaben durchführen.«
   c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 4 und 5.
   d) Im neuen Absatz 4 werden nach den Wörtern »einer Hochschule« die Wörter »nach Maßgabe der hochschulrechtlichen Bestimmungen« eingefügt und die Wörter »hochschulrechtlichen Bestimmungen« durch die Wörter »Bestimmungen des KITG« ersetzt.

Artikel 4

Beamtenrechtliche Überleitungen
   (3) Forschungs- und Lehrvorhaben, für die am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Artikels Forschungs- und Lehrzulagen nach § 60 LBesGBOW oder nach Ziffer 7 der Grundsätze für die Anwendung der Professorenbesoldung des Bundes im Herrn von Hofholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. sowie in den ihm angeschlossenen Forschungszentren (W-Grundsätze HGF) aus Drittmitteln bewilligt sind oder gewährt werden, werden nach Maßgabe der an diesem Tag geltenden Vorschriften fortgeführt und abgerechnet. Dies gilt auch bei einer Überleitung nach Absatz 1 bis zum Abschluß des jeweiligen konkreten Vorhabens.
   (4) Soweit am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Artikels KIT-Funktionszulagen nach § 61 LBesGBOW gewährt werden, sind diese in Höhe des am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Artikels zustehenden Betrages fortzuzahlen, solange die bisherigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.
   (5) Universitätsprofessoren, die im Universitätsbereich des KIT zum Zeitpunkt der Überleitung nach Absatz 1 beurlaubt waren, um im Großforschungsbereich des KIT hauptberuflich Aufgaben als leitende Wissenschaftler wahrzunehmen, werden auf Stellen überführt, die aus der Großforschungsaufgabe finanziert werden. Mit der Überleitung nach Absatz 1 wird die Beurlaubung aufgehoben. Die im Dienstvertrag mit dem Großforschungsbereich vereinbarten Dienstaufgaben werden Dienstaufgaben des Universitätsprofessors am KIT nach § 14a Absatz 1 Nummer 2 und 3 KITG. Darüber hinausgehende Aufgaben können einvernehmlich übertragen werden.
   Wenn diese Professoren des KIT zum Zeitpunkt der Überleitung nach Absatz 1 in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis eine höhere Gesamtvergütung erhalten haben, als nach der Überleitung im Beamtenver-


(7) Mit der Überleitung nach Absatz 1 werden Aufgaben, die nach § 15 Absatz 3 KITG in der am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung im Nebenamt übertragen waren, Dienstaufgabe des Universitätsprofessors am KIT. Professoren, denen zum Zeitpunkt der Überleitung nach Absatz 1 Aufgaben nach Absatz 6 Satz 1 übertragen waren, werden auf Stellen überführt, die aus der Universitätssaufgabe finanziert werden. Dem KIT wird gestattet, diese Professoren mit ihrem Einverständnis stattdessen auf Stellen zu überführen, die aus der Großforschungsaufgabe finanziert werden.
### Überleitungsübersicht

Anlage (zu Artikel 4)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Lfd. Nr.</th>
<th>Bisherige Amtsbezeichnung</th>
<th>Bisherige Besoldungsgruppe</th>
<th>Neue Amtsbezeichnung</th>
<th>Neue Besoldungsgruppe</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>Professor als Juniorprofessor (wenn am KIT)</td>
<td>W 1</td>
<td>Professor als Juniorprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 KITG</td>
<td>W 1</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>Universitätsprofessor (wenn am KIT)</td>
<td>W 2</td>
<td>Universitätsprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 KITG</td>
<td>W 2</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>Universitätsprofessor (wenn am KIT)</td>
<td>W 3</td>
<td>Universitätsprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 KITG</td>
<td>W 3</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Artikel 5
Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Das Landespersonalvertretungsgesetz in der Fassung vom 12. März 2015 (GBL S. 221), das zuletzt durch Artikel 2 und 4 des Gesetzes vom 12. November 2020 (GBL S. 1046, 1047) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 99 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
         a) Nach dem Wort »Hochschullehrer« wird das Komma gestrichen und es werden die Wörter »und Hochschullehrer am KIT« eingefügt.
         b) Nach den Wörtern »sowie Akademische Mitarbeiter« wird das Komma gestrichen und die Wörter »und Akademische Mitarbeiter am KIT« eingefügt.
         c) Nach dem Wort »dener« wird das Wort »jeweils« eingefügt.
      b) In Nummer 2 wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.
      c) Nummer 3 wird gestrichen.
   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      a) In Satz 1 werden nach dem Wort »findet« die Wörter »keine Anwendung« eingefügt und nach den Wörtern »eingestellt werden sollen« die Wörter »keine Anwendung« gestrichen.
      b) In Satz 1 wird nach Nummer 2 folgende Nummer 3 angefügt:
         »5. Akademische Mitarbeiter am KIT, soweit sie nicht unter Absatz 1 Nummer 1 fallen,
         a) als Doktoranden angenommen sind oder nach Abschluss der Promotion bis zu einer Dauer von drei Jahren jeweils zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen Qualifizierung oder
         b) erstmals«
      c) Satz 2 wird gestrichen.

2. § 101 wird wie folgt geändert:
   a) Nummer 1 Satz 1 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
      »a) die Einrichtungen, Institute und sonstigen Stellen des KIT in Garmisch-Patenkirchen.«
   b) In Nummer 1 Satz 3 werden die Wörter »Vorsitzende des Vorstands« durch das Wort »Vorstands- vorsitzende« ersetzt.
   c) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:
      »9. In den Personaltangelegenheiten nach § 12 Absatz 1 Nummern 1, 4, 6 bis 8 und 11, Absatz 2 und Absatz 3 Nummern 2, 3, 5 bis 7 und 14 der Akademischen Mitarbeiter am KIT im Sinne von § 99 Absatz 2 Nummer 3 wird, auch in Verfahren nach § 76 Absatz 6 Satz 2 und § 82 Absatz 4 Satz 2, an Stelle der Vorlage nach § 77 oder § 83 das Verfahren nach Nummer 8 durchgeführt, auch ohne dass es eines Antrags des Akademischen Mitarbeiters am KIT bedarf. In diesen Fällen kann durch Dienstreisefinanzierung ein von § 76 Absatz 1, 5 bis 9, §§ 80 und 82 Absatz 4 bis 6 abweichendes Verfahren vereinbart werden.«

Artikel 6
Änderung des KIT-Weiterentwicklungsgesetzes

Artikel 2 § 3 des KIT-Weiterentwicklungsgesetzes vom 22. Mai 2012 (GBL S. 327), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBL S. 99, 169) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

»§ 3 Finanzierung der Personalkosten und Zuständigkeiten
2. (2) Die Finanzierung der durch die Arbeitgeberverfassung und die durch die Dienstenrechtsleistung begründeten finanziellen Verpflichtungen richtet sich, soweit sie die Universität aufgeben, nach den für die Universitäten des Landes geltenden Regelungen. Soweit die in Satz 1 genannten Verpflichtungen die Großforschungsaufgabe betreffen, richtet sich diese nach den Regelungen des KITG und sonstigen für das KIT geltenden Bestimmungen.
3. (3) Das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg und das Gesetz über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg finden Anwendung.«
Artikel 7

Neubekanntmachung

Das Wissenschaftsministerium kann den Wortlaut des KIT-Gesetzes in der im Zeitpunkt der Bekanntmachung jeweils geltenden Fassung mit neuer Inhaltsübersicht und neuer Paragrafenfolge bekannt machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts beseitigen.

Artikel 8

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Artikel 2 bis 5 wird vom Wissenschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium durch Rechtsverordnung be stimmt. Die Festsetzung eines Überleitungszeitpunktes setzt voraus, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Überleitung geschaffen sind und die Mitfinanzierung des Bundes für die übergeleiteten und danach eingesetzten Personen, die auf Stellen in der Groß forschungsaufgabe geführt und finanziert werden, gesichert ist.

(3) §§ 14 und 15 des KIT-Gesetzes in der vor Inkrafttreten nach Absatz 1 geltenden Fassung finden bis zum Inkrafttreten der Artikel 2 bis 5 nach Absatz 2 weiterhin entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass das Land die dem Universitätsbereich nach § 15 Absatz 2 Satz 3 und 6 KIT-Gesetz zustehenden Erstattungen vernimmt, als Großforschungsbereich gilt die Großforschungsaufgabe, als Universitätsbereich gilt die Universitätsaufgabe.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 4. Februar 2021

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

SITZMANN DR. EISEN MANN

UNTERSTELLE DR. HOFFMEISTER-KRAUT

LUCHA HAUK

HERMANN

Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes (LRKG)

Vom 4. Februar 2021

Der Landtag hat am 3. Februar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich


(2) Die Reisekostenvergütung umfasst:

1. Fahrt- und Flugkostenersatz (§ 4),
2. Wegstreckenentschädigung (§ 5),
3. Tagegeld bei Dienstreisen (§ 6),
4. notwendige Mehraufwendungen bei Dienstgängen (§ 6),
5. Übernachtungsgeld (§ 7),
6. Auslagenerstattung bei längerem Aufenthalt am Geschäfts ort (§ 8),
7. Aufwands- und Pauschvergütung (§ 9) und
8. Erstattung sonstiger Kosten (§ 10).

§ 2

Dienstreisen und Dienstgänge


(2) Dienstgänge sind Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte am Dienst- oder